

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Liebe Leserinnen und Leser,



seit zweieinhalb Jahren sind wir BÜNDNISGRÜNE nun gemeinsam mit CDU und SPD in Regierungsverantwortung – Zeit für eine Zwischenbilanz! Welche Punkte aus dem Koalitionsvertrag wir bereits umsetzen konnten und was wir für eine gute Bildung und bessere Teilhabe in Sachsen bisher erreicht haben, lesen Sie/lest ihr in diesem Newsletter.

Dass die Corona-Pandemie auch nach zwei Jahren noch nicht zu Ende ist, hat die „Sommerwelle“ eindrücklich gezeigt. Zwar laufen Kitas und Schulen seit dem Frühjahr weitgehend im Regelbetrieb, von Normalität jedoch kann angesichts hoher Personalausfälle und enormer Lernrückstände und Problemlagen bei den Schülerinnen und Schülern keine Rede sein. Eine vorausschauende Planung für den Herbst und Winter ist wichtiger denn je!

Nicht allein die Corona-Pandemie und die Bewältigung ihrer Folgen stellen die Schulgemeinschaft vor große Herausforderungen: Seit Beginn des Krieges wurden fast 10.000 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine an sächsischen Schulen angemeldet. Laut Kultusministerium wurden im Mai rund 1.300 ukrainische Kinder in Kitas betreut, im Juni hatte sich diese Zahl bereits fast verdoppelt. Was für das neue Schuljahr 2022/23 geplant ist, erläutere ich hier, außerdem habe ich einige Link-Tipps für Sie/euch.

In der Koalition konnten wir uns nach intensiven Gesprächen auf einen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes im Bereich Inklusion einigen, auch eine Reihe von Anträgen haben wir nun ins Verfahren gegeben. Neben diesen Initiativen wird uns nach der Sommerpause vorrangig der Doppelhaushalt 2023/24 beschäftigen. Es wird über Stellen für Lehr- und Assistenzkräfte zu sprechen sein, aber ebenso über Weiterbildung, Kindertagesbetreuung und Sprachförderung. Wir BÜNDNISGRÜNE arbeiten weiter daran, die Weichen im Bildungssystem so zu stellen, dass alle ihre Chancen nutzen können und niemand zurückbleibt.

Es wird eine arbeitsreiche zweite Jahreshälfte. Doch zunächst heißt es Durchatmen. Ich wünsche Ihnen/euch entspannte Sommerferien und gute Erholung!

Ihre/Eure Christin Melcher

Inhalt:

1. Halbleitbilanz: Zweieinhalb Jahre Kenia-Koalition aus CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD in Sachsen
2. Corona: (Vorläufiges?) Ende von Test- und Maskenpflicht und „Herbstplan“
3. Ukraine-Krieg: Bildung und Betreuung für geflüchtete Kinder und Jugendliche in sächsischen Kitas und Schulen
4. Inklusion: Entwurf zur Schulgesetzänderung
5. Lehrermangel: Lehrerbedarfsprognose und Stellenplan
6. Doppelhaushalt 2023/24: Was erwartet uns?

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

7. Neu eingebrachte Anträge der Koalition
 8. Kita: „Gute-Kita-Gesetz“, Sprachförderung und Planungsstand zur Novellierung des Kitagesetzes
 9. Weiterbildung: Planungsstand zur Novellierung des Weiterbildungsgesetzes
 10. Rückblick I: Gespräche mit bildungspolitischen Akteuren
 11. Rückblick II: Veranstaltungen „Gemeinschaftsschulen für alle!“ in Bautzen, Dresden und Markranstädt
 12. Ausblick I: Fachgespräch „Kulturelle Bildung – Gerade jetzt!“ am 12. September von 15 bis 18 Uhr im Sächsischen Landtag in Dresden
 13. Ausblick II: Demokratiekonferenz „Misch dich ein!“ am 01. Oktober ab 10 Uhr im Carlowitz Congresscenter Chemnitz
-

1. Halbzeitbilanz: Zweieinhalb Jahre Kenia-Koalition aus CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD in Sachsen

Wir BÜNDNISGRÜNE sind bei den Landtagswahlen 2019 angetreten, um das Land weltoffener, ökologischer und gerechter zu gestalten. Erstmals sind BÜNDNISGRÜNE an der Regierung in Sachsen beteiligt und wirken an der Zukunft des Freistaates mit. In dieser Zeit ist es uns gelungen, wichtige bildungspolitische Fortschritte zu erreichen. Sie bewahren das, was gut läuft und bessern dort nach, wo es Bedarf gibt.

Nach erfolgreicher Unterschriftensammlung des Bündnisses „Gemeinschaftsschulen in Sachsen – Länger gemeinsam lernen“, intensiven Verhandlungen und einem Kompromiss im Koalitionsvertrag wurde 2020 die **Gemeinschaftsschule als neue Schulart** im Schulgesetz verankert. Auch Oberschulen können sich mit dem besonderen pädagogischen Profil „Längeres gemeinsames Lernen“ zu Oberschulen+ entwickeln. In der Gemeinschaftsschule können die Schülerinnen und Schüler von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss gemeinsam lernen. Markenerkerne sind gemischte Lerngruppen und das binnendifferenzierte Unterrichten auf unterschiedlichen Niveaustufen. Die neue Schulart soll für mehr Bildungsgerechtigkeit in Sachsen sorgen. Im Sommer 2021 folgten die Schulordnung und ein Leitfaden zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen/Oberschulen+, die ersten Schulen gingen direkt an den Start, weitere stehen in den Startlöchern.

Mit einem Koalitionsantrag ([Drs 7/7097](#)) haben wir den Weg für die Erarbeitung eines **Sozialindex' für Kitas und Schulen** geebnet. Mit Hilfe dieses Instruments sollen die unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen der Bildungseinrichtungen und die damit verbundenen Herausforderungen bei ihrer Ausstattung und Förderung stärker als bisher berücksichtigt werden – „Ungleiches ungleich behandeln“ statt Gießkannen- oder Windhund-Prinzip! Der Bericht zum Antrag wird in Kürze dem Landtag zugeleitet, ehe in einem nächsten Schritt über die Kriterien und den Anwendungsbereich eines Sozialindex' zu sprechen sein wird.

Im **Doppelhaushalt 2021/22** ist es uns gelungen, viele Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag aufzunehmen und deren Finanzierung abzusichern. Darunter sind echte Herzensanliegen! Die gezielte Unterstützung von Kitas und Schulen mit besonderen Bedarfen (Stichwort Sozialindex), die Einrichtung einer Ombudsstelle Antidiskriminierung im Kultusministerium, ein Kleinprojektefonds für mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Ausweitung des FSJ Pädagogik auf Kitas, zusätzliche Mittel für den Hort für die Freistellung der Praxisanleitung, mehr Geld für Schul- und Kita-Baumaßnahmen – die Liste kann sich sehen lassen! Die Umsetzung des Haushalts und der beschlossenen Maßnahmen ist

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

ebenso gut vorangekommen, etwa bei der Berufung der Ombudsperson gegen Diskriminierung an Schulen, Herrn Patrick Schreiber.

- [Pressemitteilung](#) „Unabhängige Ombudsperson: Diskriminierung an Schulen erkennen und künftig vermeiden“ (21.06.2022)

Mit dem **Bildungsstärkungsgesetz** ([Drs 7/3650](#)) haben wir wichtige Impulse für mehr Qualität in Kitas und Schulen gesetzt, insbesondere durch Fachkräftesicherung und Entlastung des Personals. Wir konnten im Kitagesetz ein **Fachkräftemonitoring** verankern, das es künftig erleichtert, den Ausbildungs- und Einstellungsbedarf an Erzieherinnen und Erziehern regional differenziert zu ermitteln. Wir haben ferner die **Schulgeldfreiheit für angehende pädagogische Fachkräfte** (Erzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen) erreicht. Weiterhin öffnen wir Kitas für den **Einsatz von Assistenzkräften mit entsprechender Berufsqualifikation** und damit für die Bildung multiprofessioneller Teams. Im schulischen Bereich ist es gelungen, **Schulassistentinnen und -assistenten im Schulgesetz** zu verankern und damit deren Einsatz zu verstetigen.

Kurz nach Verabschiedung des Bildungsstärkungsgesetzes ist es uns als Koalition ebenso gelungen, die **Ausbildung in Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei** zu stellen.

Qualifizierte Fachkräfte bilden das Fundament für eine gute Qualität in der Kindertagesbetreuung. Wir haben deshalb vereinbart, die Erkenntnisse aus dem Bundesprogramm „Lernort Praxis“ **für mehr Qualität in der Ausbildung und für eine Professionalisierung frühpädagogischer Fachkräfte** zu nutzen. Uns ist dabei die Gewinnung bisher unterrepräsentierter Gruppen, etwa ausländischer Fachkräfte oder männlicher Erzieher, ein wichtiges Anliegen. Im Zuge der Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“ wurden die sog. „mittelbaren pädagogischen Tätigkeiten“, also die **Vor- und Nachbereitung**, gesetzlich angerechnet. In einem zweiten Schritt fördern wir die **Freistellung der Praxisanleiter*innen vom Gruppendienst**, wenn sie angehende Sozialassistent*innen oder Erzieher*innen betreuen, sowie **Träger, die berufsbegleitend Erzieher*innen ausbilden**. Gefördert werden ferner **Vertretungslösungen in der Kindertagespflege, Team-Fortbildungen** etwa zum Thema Inklusion und Maßnahmen der **Digitalisierung** in der Kindertagesbetreuung.

Die **Verbesserung der schulischen Inklusion** ist für uns BÜNDNISGRÜNE ein zentraler bildungspolitischer Auftrag der Koalition. Wir haben das Ziel, die sog. Kooperationsverbünde weiter auszubauen, um eine wohnortnahe, inklusive Unterrichtung in allen Förderschwerpunkten zu ermöglichen. Außerdem brauchen wir mehr Fachkräfte mit sonderpädagogischem Know-How. In einem Koalitionsantrag ([Drs 7/4652](#)) haben wir die vorgesehenen Maßnahmen gesammelt. Der darauffolgende Bericht des Kultusministeriums ([Drs 7/7714](#)) zeichnet ein umfassendes Bild des Umsetzungsstandes der schulischen Inklusion. Auf dieser Basis werden wir im Landtag im Herbst diesen Jahres über eine Änderung des Schulgesetzes entscheiden.

Wir wollen **Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems stärken**. In einem Koalitionsantrag ([Drs 7/7091](#)) haben wir festgelegt, dass bei der notwendigen Novelle des Weiterbildungsgesetzes die Grundversorgung mit Weiterbildungsangeboten ebenso gewährleistet werden muss wie die Trägervielfalt. Dafür braucht es eine verlässliche Finanzierung, die den Einrichtungen die Anstellung von festem Personal ermöglicht. Neben den Zukunftsthemen wie Klimawandel und Digitalisierung soll das Innovationspotenzial der Einrichtungen in den Blick genommen werden, um neue Zielgruppen zu gewinnen und die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen.

Wir haben im Doppelhaushalt 2021/22 und darüber hinaus für einen **Digitalisierungsschub für die Bildung** gesorgt, sowohl hinsichtlich der technischen Ausstattung als auch mit Blick auf umfassende

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

und altersgemäße Angebote. Im Koalitionsantrag ([Drs 7/4651](#)) nehmen wir technische Fragen, etwa die zügige Umsetzung des DigitalPakts Schule ebenso in den Blick wie pädagogische Aspekte, etwa Handlungsempfehlungen für Lehrkräfte zum datenschutzkonformen Umgang mit digitalen Lernangeboten. Im Doppelhaushalt 2021/22 haben wir BÜNDNISGRÜNE uns erfolgreich für die Verankerung von Digital-Projekten für junge Menschen stark gemacht, u.a. für das FabMobil und „Jugend hackt“.

Ein Thema, das zu Beginn der Legislatur noch keiner auf dem Zettel hatte (bzw. haben konnte) und das die letzten zwei Jahre doch geprägt hat wie kein anderes: **die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Kitas und Schulen**. Das Ringen um den richtigen Kurs durch die Krise haben wir BÜNDNISGRÜNE stets intensiv und transparent begleitet. Für uns ging und geht es um eine verantwortungsvolle Balance zwischen Schutz- und Hygienemaßnahmen auf der einen und dem Recht auf Bildung und Teilhabe auf der anderen Seite. Immer wieder haben wir den Blick auf die Menschen gelenkt, für die die Situation besonders schwer zu meistern war, etwa Alleinerziehende, sog. „Schattenkinder“ oder Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Eine Folge der Corona-Pandemie war und ist, dass sich Kinder und Jugendliche weniger bewegen. In einem Koalitionsantrag ([Drs 7/6610](#)) haben wir uns deshalb der **Sport- und Bewegungsförderung in Schulen und Kindertageseinrichtungen** gewidmet. Einen besonderen Fokus legen wir BÜNDNISGRÜNE dabei auf den **Schwimmunterricht**. Zum einen soll das Schwimmenlernen auch in höheren Klassenstufen erlernt bzw. gefestigt werden können, zum anderen haben wir mit dem Antrag den Startschuss gesetzt für die außerschulischen Schwimmkurse für die Kinder, die coronabedingt nach Absolvieren des regulären Schulschwimmens noch keine sicheren Schwimmer*innen sind. Für die nachholenden Kurse gibt das Kultusministerium seit dem Sommer 2021 Gutscheine aus.

Die BÜNDNISGRÜNE Landtagsfraktion hat auf einer eigenen Website in allen Fachbereichen Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen – BÜNDNISGRÜN macht den Unterschied! <https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/bilanz/>

- [Pressemitteilung](#) „BÜNDNISGRÜNE zur Halbzeitbilanz: Weiter die großen Ziele im Blick“ (24.05.2022)

2. Corona: (Vorläufiges?) Ende von Test- und Maskenpflicht und „Herbstplan“

Das Ende der Masken- und Testpflicht an Schulen im März diesen Jahres haben wir als verfrüht kritisiert. Während die Maskenpflicht aufgrund des aktualisierten Bundesinfektionsschutzgesetzes entfiel, gab das Kultusministerium aus unserer Sicht mit der Aufgabe der Tests ohne Not ein wichtiges Instrument der Pandemiebekämpfung aus der Hand. Kritisiert haben wir zudem die schlechte Kommunikation zwischen den Ministerien und dem Landtag – wir haben von den Plänen aus der Presse erfahren.

Anfang Juli hat die Staatsregierung den sog. „**Herbstplan**“ beschlossen. Basis sind die Szenarien des Expertenrates der Bundesregierung. Der Herbstplan soll eine vorausschauende Planung mit kurzen Reaktionszeiten ermöglichen. Ziele sind: die Verhinderung der Überlastung des Gesundheitssystems und der KRITIS, der Schutz vulnerabler Gruppen und die Vermeidung gesundheitlicher Spätfolgen, insbesondere Long/Post-COVID.

Für den Schul- und Kitabetrieb sind keine Einschränkungen vorgesehen. Der Präsenzunterricht soll während des gesamten Schuljahres 2022/23 aufrechterhalten werden, flächendeckende Schulschließungen und Einschränkungen beim Betreuungsumfang von Kindertageseinrichtungen soll

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

es nicht mehr geben. Schutzmaßnahmen wie die Test- und Maskenpflicht kommen laut Herbstplan nur bei einer sich deutlich verschlechternden Pandemielage und „allenfalls im Zusammenspiel mit gleichlaufenden Regelungen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben“ in Betracht.

So sehr wir BÜNDNISGRÜNE das grundsätzliche Bekenntnis zu offenen Schulen und Kitas begrüßen, so eindringlich mahnen wir mit Blick auf den Herbst und Winter zur Vorsicht und Umsicht. Während es bei einer umfassenden Teststrategie nachvollziehbar ist, auf einen "Gleichlauf" mit anderen Bereichen zu verweisen, sehen wir es nach wie vor kritisch, das Tragen von Masken überhaupt in die Liste der „Einschränkungen“ aufzunehmen. Zu prüfen wäre zudem wenigstens eine regelmäßig Testung des schulischen Personals wie auch der Beschäftigten in den Kitas. Dies sollte auch getrennt von einer flächendeckenden Teststrategie betrachtet werden.

Es ist begrüßenswert, dass den Grundschulen ein besonderes Augenmerk gilt. Allerdings kommen die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte bzw. nicht-deutscher Herkunftssprache und Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu kurz. Zu bedenken sind auch die besonderen Schutzinteressen und -bedarfe sog. „Schattenkinder“ bzw. -familien. Unklar bleibt im Herbstplan schließlich, welche Schutzmaßnahmen in Kitas überhaupt denkbar wären.

CO²-Ampeln, wie sie jetzt für alle Klassenräume in sächsischen Schulen beschafft werden sollen, sind eine sinnvolle Investition, ersetzen aber keine Lüftungs-/Luftfilteranlagen, insbesondere nicht in Klassenzimmern mit eingeschränkter oder keiner Lüftungsmöglichkeit.

Gegenüber dem Kultusministerium haben wir angeregt, in der Kultusministerkonferenz auf eine Auswertung der bisher ergriffenen und erprobten Schutzmaßnahmen in Schule und Kita hinzuwirken. Noch immer wissen wir zu wenig darüber, welche Maßnahmen wirksam sind und wie sie am besten kombiniert werden.

- [Pressemitteilung](#) „Corona/Schule: Ende der Testungen an Schulen ist das falsche Signal“ (29.03.2022)
- [Pressemitteilung](#) „Corona/Schule & Kita: Hohe Inzidenzen erfordern weiterhin Schutzmaßnahmen an Schulen und Kitas“ (15.03.2022)
- [Pressemitteilung](#) „Sonderausschuss – BÜNDNISGRÜNE mit differenziertem Blick auf neue Corona-Schutz-Verordnung“ (28.02.2022)

AUFRUF: Die Evangelische Akademie Sachsen ruft gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt im Projekt „Wann ging es um DICH?“ junge Menschen dazu auf, ihre Erfahrungen in der Corona-Pandemie zu schildern. [HIER](#) finden Sie/findet ihr alle weiteren Informationen.

3. Ukraine-Krieg: Bildung und Betreuung für geflüchtete Kinder und Jugendliche in sächsischen Kitas und Schulen

Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen stehen die Schulen und Kitas seit dem Frühjahr vor einer weiteren Herausforderung: Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sind inzwischen fast 320.000 Minderjährige nach Deutschland geflohen, die Mehrzahl von ihnen im schulpflichtigen Alter. Laut Zahlen der Kultusministerkonferenz sind bisher rund 150.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine an Schulen in Deutschland angemeldet worden, rund 10.000 von ihnen an sächsischen Schulen. Es wird erwartet, dass diese Zahlen weiter steigen. Das Kultusministerium geht davon aus, dass 4.000 bis 5.000 Kinder und Jugendliche noch gar nicht für den Schulbesuch angemeldet wurden. An sächsischen Kitas stieg die Zahl dort betreuter ukrainischer Kinder von 1.300 am 01. Mai auf aktuell deutlich über 2.000.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Für das kommende Schuljahr 2022/23 hat das Kultusministerium **Eckpunkte für die Beschulung ukrainischer Schülerinnen und Schüler** veröffentlicht. Als Hauptaufgabe wird die Vermittlung der deutschen Sprache gesehen. Flankierend und unterrichtsergänzend soll Sprach- und Fachunterricht in ukrainischer Sprache angeboten werden. Ausführliche Informationen finden Sie/findet ihr [HIER im SMK-Blog](#).

Zur Unterstützung der Schulen wurden bisher 358 zusätzliche **Lehrkräfte und 86 Schulassistentinnen und -assistenten** eingestellt (Stand 05.07.2022). Personen mit pädagogischen Erfahrungen, die Interesse an Arbeitsmöglichkeiten im Schuldienst des Freistaates Sachsen haben, finden [HIER auf den Seiten des Landesamtes für Schule und Bildung](#) die richtigen Ansprechpartner.

Ebenso händeringend werden **ukrainische Fachkräfte für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen** gesucht. Das Kultusministerium hat dazu ebenfalls ein Portal freigeschaltet, wo sich Geflüchtete mit entsprechendem Abschluss melden können. Alle Informationen finden Sie/findet ihr [HIER](#).

Für die praktische Arbeit vor Ort hat das „Landeskompetenzzentrum zur Sprachförderung an Kindertageseinrichtungen in Sachsen“ (LaKoS) Materialien und Hinweise gesammelt, um die Kommunikation mit Kindern und ihren Familien zu erleichtern. Den „Erste-Hilfe-Kommunikationskasten“ finden Sie/findet ihr [HIER](#). Lohnenswert ist auch ein Blick auf die [Ukraine-Seite des Deutschen Bildungsservers](#).

Unter dem Titel „Starker Einsatz an der Belastungsgrenze: Bildung für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine“ fand im Plenum am 14. Juli eine **Befragung des Kultusministers Christian Piwarz** statt. Ich habe mich danach erkundigt, wie sich die ukrainischen Schülerinnen und Schüler auf die Schularten verteilen, wie die Übergänge gestaltet werden, welcher Mehrbedarf an pädagogischem Personal in Kitas und Schulen entsteht und inwieweit sich dieser in den Planungen niederschlägt. Eine Video-Aufzeichnung der Fragestunde finden Sie/findet ihr [HIER](#).

4. Inklusion: Entwurf zur Schulgesetzänderung

Bereits im September 2021 legte das Kultusministerium einen **Bericht zur Umsetzung der Inklusion** im Bildungsbereich ([Drs 7/7714](#)) vor. Neben einem umfangreichen Statistikeil widmet sich der Bericht vor allem dem Ausbaustand der Kooperationsverbünde sowie den Erfahrungen der Pilotgrundschulen, die seit dem Schuljahr 2019/20 auf die Eingangsdiagnostik in den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung verzichten. Gemäß Schulgesetz muss der Landtag auf Basis dieses Berichts entscheiden, ob die Pilotphase verlängert und die Regelung auf alle Grundschulen ausgeweitet wird oder ob das Schulgesetz entsprechend geändert wird.

Mit unseren Koalitionspartner von CDU und SPD haben wir uns nun auf einen **Entwurf zum „Fünften Gesetz zur Änderung des Sächsischen Schulgesetzes“** ([Drs 7/10338](#)) verständigt. Dieser umfasst folgende Punkte:

- Ermöglichung der lernzieldifferenten Unterrichtung auch in definierten Schularten des berufsbildenden Schulwesens (Berufsschule und Berufsfachschule)
- Absicherung der inklusiven Beschulung durch Entscheidung der Schulaufsicht, sofern innerhalb des Kooperationsverbundes keine Einigung erzielt wird
- Einrichtung eines neuen Bildungsgangs zur „Erlangung der Berufsreife“ an Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen (um mehr Schülerinnen und Schülern im entsprechenden Förderschwerpunkt einen dem Hauptschulabschluss gleichgestellten Abschluss zu ermöglichen)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Zum Entwurf der Schulgesetzänderung findet am Freitag, den 09. September 2022 um 10 Uhr im Ausschuss für Schule und Bildung eine **öffentliche Anhörung** statt.

5. Lehrermangel: Lehrerbedarfsprognose und Stellenplan

Die neue Lehrerbedarfsprognose befindet sich aktuell noch in der Abstimmung. Somit war die vorherige Fassung von 2019 Grundlage für die Bedarfsmeldung des Kultusministeriums beim Finanzressort im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2023/24. Dabei wurde ein **Bedarf von 2.026 neuen Lehrstellen sowie 1.101 Stellen für Schulassistentinnen und -assistenten** für die kommenden beiden Jahre angezeigt.

Die Zahl der Lehrstellen im Entwurf des Doppelhaushalts weicht deutlich von den Anmeldungen des Kultusministeriums ab: Für 2023 und 2024 sind **nunmehr 730 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte** vorgesehen. Für die bisher befristet eingestellten Schulassistentinnen und -assistenten stehen künftig 453 unbefristete Stellen zur Verfügung – jedoch werden diese nicht, wie zunächst vorgesehen, eigens im Haushalt ausgewiesen, vielmehr werden dafür unbesetzte Lehrstellen genutzt.

Wir sind als BÜNDNISGRÜNE Fraktion skeptisch, dass der massive Lehrermangel an sächsischen Schulen mit diesem Planungsansatz gelindert werden kann. Im Herbst 2021 wurde die aktualisierte Schüler- und Absolventenprognose vorgelegt. Sie zeigt, dass die Schülerzahlen höher steigen und später sinken als noch 2019 vorhergesagt. Mit dem jetzt vorgesehenen Stellenaufwuchs können nicht einmal die altersbedingt ausscheidenden Lehrkräfte ersetzt werden.

Neben der Zahl der Stellen – unter Anerkennung des tatsächlichen Bedarfs – stehen wir unverändert vor der Herausforderung, die Stellen auch entsprechend Schulart, Fächerkombination und Region zu besetzen. Daran arbeiten wir weiter mit Hochdruck. Denn das Lehrerproblem wird sich nicht allein durch eine Erhöhung der Kapazitäten bei Studienplätzen oder Stellen lösen lassen. Einige Stellschrauben haben wir bereits in unserem Koalitionsantrag „Grundständiges Lehramtsstudium zukunftsgerecht weiterentwickeln“ ([Drs 7/4485](#)) benannt. Wir sind gut beraten, die Warnungen vor einem Kollaps des Systems, wie sie aktuell von Seiten der Gewerkschaften vorgebracht werden, ernst zu nehmen und bei den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/24 zu berücksichtigen.

6. Doppelhaushalt 2023/24: Was erwartet uns?

Auch wenn der Entwurf der Staatsregierung zum Doppelhaushalt 2023/24 den Landtag noch nicht erreicht hat, ist klar: Es wird erneut ein **Rekordhaushalt**. Im Jahr 2023 soll er ein Volumen von 24 Milliarden Euro haben, im Jahr darauf fast 25 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Der aktuelle Doppelhaushalt umfasst rund 43 Milliarden Euro. **Den mit Abstand größten Einzeletat verwaltet das Kultusressort:** Sind im Jahr 2023 noch 4,9 Milliarden geplant, so wird 2024 die Marke von 5 Milliarden geknackt.

Wir werden den Entwurf der Staatsregierung genau unter die Lupe nehmen und uns für notwendige Änderungen einsetzen. **Richtschnur ist und bleibt für uns der Koalitionsvertrag.** Die finanziellen Folgen der aktuellen Novellierung des Weiterbildungsgesetzes müssen sich im Haushalt ebenso widerspiegeln wie dringend nötige Verbesserungen im Bereich der Kindertagesbetreuung. Daneben werden wir darauf achten, dass Projekte und Maßnahmen, die bereits mit dem Doppelhaushalt 2021/22 beschlossen wurden, auch umgesetzt werden, etwa im Bereich Digitalisierung (Förderung FabMobil und „Jugend hackt“) oder Ganztage (Servicestelle und Projekt „Ganztagspiloten“).

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Dass uns ein zähes Ringen um knappe Ressourcen erwartet, zeigte zuletzt der Kampf um das **ESF-Förderprogramm „KINDER STÄRKEN“**. Erst nach langen Verhandlungen zwischen Kultus- und Finanzminister konnte die entsprechende Förderrichtlinie verabschiedet werden. Für die im Programm geförderten Kindertageseinrichtungen sowie die Kompetenz- und Beratungsstelle entstand dadurch eine höchst problematische Förderlücke. Das Programm lief zunächst Ende April aus. 117 Kitasozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter sowie 11 Mitarbeitende in der Kompetenz- und Beratungsstelle, die über Jahre wichtige Strukturen zur gezielten Unterstützung benachteiligter Kinder und Familien im Setting Kita aufgebaut haben, mussten gehen. Es ist und bleibt eine Herausforderung, die bisher im Programm tätigen Fachkräfte auch künftig zu binden bzw. erneut für die Arbeit in sächsischen Kitas zu gewinnen. Bedauerlich ist, dass der Plan, das Programm „KINDER STÄRKEN“ deutlich auszuweiten, vorerst vertagt wurde. Zwischenzeitig war von fast 300 Kitas die Rede, statt wie bislang 122, denen eine zusätzliche Fachkraft zur Verfügung gestellt werden soll. Auf BÜNDNISGRÜNE Initiative hin hat die Koalition im Doppelhaushalt 2021/22 2,8 Millionen Euro für Kitas mit besonderen Bedarfen veranschlagt, die für das Programm verwendet werden sollen. Wir werden weiter darauf drängen, dass die Gelder zielgerichtet den Kindern und Einrichtungen zugutekommen, die Unterstützung in besonderem Maße benötigen.

- [Pressemitteilung](#) „Förderprogramm ‚Kinder stärken‘: Bildungs- und Chancengerechtigkeit beginnen in der Kita“ (03.05.2022)

Nach Beschluss des Entwurfs zum Doppelhaushalt 2023/24 am 12. Juli im Kabinett erwarten wir Ende Juli die Zuleitung an den Landtag. Unmittelbar nach der Sommerpause, am Montag, den 29. August 2022 um 13 Uhr, ist die erste Befassung im Landtagsplenum vorgesehen. An den beiden darauffolgenden Tagen, am 30. und 31. August, werden wir den Entwurf fraktionsintern auf einer Klausur besprechen. Die Verhandlungen im Landtag finden von September bis November statt, planmäßig soll der Doppelhaushalt 2023/24 dann am 19. und 20. Dezember 2022 im Landtag verabschiedet werden.

7. Neu eingebrachte Anträge der Koalition

Im Juni und Juli haben wir uns mit den Koalitionspartnern von CDU und SPD auf eine ganze Reihe von Anträgen geeinigt. Den Fachbereich Bildung betreffen dabei die folgenden:

„Gesamtkonzept für attraktive Jugendfreiwilligendienste im Freistaat Sachsen erarbeiten“ ([Drs 7/10139](#)): Wir streben ein Gesamtkonzept für Jugendfreiwilligendienste an mit dem Ziel, ein attraktives Angebot sowohl für Träger als auch für Freiwillige vorzuhalten, den Fachkräftemangel in Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen zu lindern und das Engagement junger Menschen zu fördern. Auch die Einrichtung weiterer 100 Plätze im FSJ Pädagogik in Kindertageseinrichtungen, die wir bereits im Haushalt 2021/22 untersetzt haben, findet hier ihren Niederschlag. Der Antrag soll im federführenden Ausschuss für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt am Montag, den 05. September 2022 um 13 Uhr öffentlich angehört werden, der Ausschuss für Schule und Bildung ist mitberatend.

„Gesamtkonzept Europabildung im Freistaat Sachsen umsetzen“ ([Drs 7/10143](#)): Hier geht es zunächst um einen Bericht zu den Erkenntnissen des Gutachtens zur Vorbereitung eines Gesamtkonzepts Europabildung sowie um die Vorlage des Gesamtkonzepts bis Ende 2023. Das Thema Europabildung soll auch in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und in der schulischen wie außerschulischen Bildung fest(er) verankert werden. Zum Antrag findet im federführenden Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am Mittwoch, den 07. September 2022 um 14 Uhr eine öffentliche Anhörung statt, der Ausschuss für Schule und Bildung ist mitberatend.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

„Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Verbraucherbewusstsein in der schulischen Bildung im Freistaat Sachsen stärken“ ([Drs 7/10339](#)): Sachlich fundiertes Wissen im Bereich des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes, aber auch ein ressourcenschonendes Verbraucherbewusstsein sind Alltagskompetenzen, welche im Bereich der schulischen Bildung stärker als bisher einer Vermittlung bedürfen. Das ist Ziel des Antrags, der im Ausschuss für Schule und Bildung am Freitag, den 09. September 2022 um 14 Uhr öffentlich angehört wird.

„Förderung der Zahn- und Mundgesundheit im Kindesalter in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege als Beitrag zur Bildungs- und Befähigungsgerechtigkeit“ ([Drs 7/10340](#)): Der Berichtsantrag dient einer Bestandsaufnahme der aktuellen Förderung der Zahn- und Mundgesundheit in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege. Momentan ist es vom Zufall abhängig, ob ein Kind in einer Einrichtung das Angebot einer täglichen Mundhygiene nutzen kann oder nicht. Zu diskutieren ist, in welcher Form die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit bei der Novellierung des Kitagesetzes berücksichtigt werden soll. Zum Antrag findet im federführenden Ausschuss für Schule und Bildung am Freitag, den 14. Oktober 2022 um 10 Uhr eine öffentliche Anhörung statt, der Ausschuss für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt ist mitberatend.

„Land-, Forst-, Ernährungswirtschaft und Gartenbau in der schulischen Bildung im Freistaat Sachsen authentisch vermitteln“ ([Drs 7/10404](#)): Durch das Aufgreifen der Themen Land-, Forst-, Ernährungswirtschaft und Gartenbau in Verbindung mit Umwelt- und Klimaschutz im schulischen Kontext soll ein breites Verständnis für die wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen erreicht, das Bewusstsein für einen sorgsamen, nachhaltigen und respektvollen Umgang mit Natur und Umwelt geschärft und die Wertschätzung für die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte erhöht werden. Der Antrag wird voraussichtlich im Herbst auf der Tagesordnung einer Plenarsitzung stehen.

8. Kita: „Gute-Kita-Gesetz“, Sprachförderung und Planungsstand zur Novellierung des Kitagesetzes

Wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, die Qualitätsentwicklung von Kitas mit einer Reform der Ausbildung zu verbinden. Mit dem Fachkräftemonitoring haben wir die Grundlage für die **„Fachkräftestrategie Frühkindliche Bildung“** gelegt. Wir setzen uns weiter für einen Ausbau der berufsbegleitenden sowie der akademischen Erzieher*innen-Ausbildung ein und stärken nach und nach multiprofessionelle Teams in den Kindertageseinrichtungen. Eine gute Kita braucht gut ausgebildete Fachkräfte!

Welche Schritte hinsichtlich **Qualitätssicherung und -entwicklung** möglich sind, wird im Zuge des Doppelhaushalts 2023/24 zu verhandeln sein. Wir halten am Ziel fest, mittel- und langfristig die Fachkraft-Kind-Relation in den Einrichtungen zu verbessern. Für uns ist klar, dass es dazu auch im anstehenden Doppelhaushalt ein Signal braucht – zumal die in Aussicht gestellte Anrechnung von Urlaub, Krankheit und Weiterbildung bereits im Doppelhaushalt 2021/22 verschoben wurde und die Kitas seither durch die Corona-Pandemie und die Betreuung ukrainischer Kinder weitere Herausforderungen zu meistern hatten und haben.

Am 01. Juli 2022 hat das Bundeskabinett den Entwurf des Bundeshaushalts 2023 und den Finanzplan des Bundes bis 2026 beschlossen. Der Kabinettsbeschluss stärkt die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung: Für die **Fortsetzung und Weiterentwicklung des „Gute-Kita-Gesetzes“ zum Kita-Qualitätsgesetz** sind im Bundeshaushaltsentwurf Mittel i. H. v. von bis zu 2 Milliarden Euro jeweils in den Jahren 2023 und 2024 vorgesehen. Mit dem Kita-Qualitätsgesetz unterstützt der Bund die Länder bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur Entlastung der Eltern bei den Gebühren. Dabei wird nun neben der Verbesserung der Betreuungsrelation und einem bedarfsgerechten Ganztagsangebot der Fokus auch auf die

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Sprachförderung gerichtet. Die sprachliche Bildung soll mit dem neuen Kita-Qualitätsgesetz zum prioritären Handlungsfeld werden. Denn die sprachliche Bildung braucht das gemeinsame Engagement von Bund und Ländern.

Im Kabinettsbeschluss für den Haushalt 2023 sind **keine Mittel für eine Fortsetzung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“** vorgesehen. Seit 2011 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die alltagsintegrierte sprachliche Bildung in der Kindertagesbetreuung gefördert – zunächst über das Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“, seit 2016 über das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“. Die programmbegleitende Evaluation der beiden Bundesprogramme hat belegt, dass insbesondere die fachliche Unterstützung durch die Sprachexpertinnen und -experten und die Weitergabe von Fachwissen durch zusätzliche Fachberatungen die Qualitätsentwicklung in den Kitas unterstützt. Dies kommt insbesondere den Kindern zugute, denn die höhere Qualität der Angebote der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung hat einen unterstützenden Einfluss auf die kindliche Sprachentwicklung.

Die BÜNDNISGRÜNE Landtagsfraktion sieht das Aus des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ nach insgesamt elf Jahren Förderung kritisch. In Sachsen haben zuletzt deutlich über 400 Kindertageseinrichtungen von einer zusätzlichen Sprachfachkraft profitiert, das ist etwa jede siebte Kita. Wir werden im Zuge der Haushaltsverhandlungen in Bund und Land, aber auch bei der Weiterentwicklung des „Gute-Kita-Gesetzes“ genau im Blick behalten, dass die Weiterentwicklung sprachlicher Bildung in der Kindertagesbetreuung als zentraler Bereich der Qualitätsentwicklung erhalten bleibt.

Im Koalitionsvertrag wurde auch vereinbart, **das Kitagesetz im Hinblick auf Finanzstruktur, Qualitätssicherung und -entwicklung sowie Elternmitwirkungsrechte zu novellieren**. Weiter heißt es: „Dabei ist es unser Ziel, durch eine Anhebung und Dynamisierung des Landeszuschusses die Kommunen zu entlasten. Eine Differenzierung nach Krippe, Kindergarten, schulvorbereitendem Jahr und Hort prüfen wir.“ Ursprünglich war die Novelle bereits für 2021 anberaumt, dieser Zeitplan war bedingt durch die Corona-Pandemie aber nicht haltbar. Anfang 2023 soll ein erster Referentenentwurf vorgelegt werden, ab dem Sommer 2023 ist eine Befassung des Landtags vorgesehen, die bis Jahresende 2023 abgeschlossen sein soll. Zu dem, was ein novelliertes Kitagesetz im Bereich Finanzierung leisten sollte, haben wir uns zuletzt anlässlich einer Anhörung im Schulausschuss geäußert:

- [Pressemitteilung](#) „Kita-Finanzierung: Faire Lastenverteilung sichert hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung“ (20.05.2022)

9. Weiterbildung: Planungsstand zur Novellierung des Weiterbildungsgesetzes

Zusammen mit dem Doppelhaushalt 2023/24 wird uns im Landtag in Kürze auch das sog. **Haushaltsbegleitgesetz** erreichen. Dieses „sammelt“ im Haushalt eingeplante Änderungen an anderen Gesetzen. Im kommenden Doppelhaushalt betrifft dies unter anderem das **Weiterbildungsgesetz**. Erwartbar wird der Weiterbildungsetat aufgestockt, da das Weiterbildungsgesetz eine neue Finanzierungsstruktur vorsieht. Vorgesehen ist eine Grundförderung, bestehend aus Betriebskosten- und Grundversorgungszuschuss, sowie ergänzende Zuschüsse, etwa für die Verbesserung von Bildungszugängen im ländlichen Raum, investive Maßnahmen oder innovative Projekte. Wichtig war und ist uns BÜNDNISGRÜNEN, dass ein novelliertes Weiterbildungsgesetz die Grundversorgung mit Weiterbildungsangeboten ebenso gewährleistet wie die Trägervielfalt. Es reicht nicht aus, nur die förderfähigen Stunden an- bzw. abzurechnen. Die Volkshochschulen und anerkannten Träger der

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Weiterbildung sollen in die Lage versetzt werden, fest angestelltes pädagogisches Personal zu beschäftigen. Das ist auch eine Frage der Qualitätsentwicklung. Ob das Weiterbildungsgesetz den bereits in einem Koalitionsantrag ([Drs 7/7091](#)) formulierten Ansprüchen genügt, werden wir im Zuge der Haushaltsverhandlungen zu prüfen haben.

10. Rückblick I: Gespräche mit bildungspolitischen Akteuren

Im Frühjahr, als es die Corona-Lage wieder zuließ, habe ich die Gelegenheit genutzt, mich mit Akteuren aus dem Bildungsbereich zu treffen. Nach zwei Jahren Pandemie wollte ich aus der Praxis hören, wie es den Aktiven geht, welche Probleme es gibt und welche Forderungen sie an „die Politik“ richten wollen. Den Auftakt stellte das Gespräch im Immanuel-Kant-Gymnasium in Leipzig mit der Schulleiterin Frau Palluch und der Elternratsvorsitzenden Frau Sauder dar; es folgten Treffen mit

- Dr. Nina Stoffers, Geschäftsführerin der [Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen e.V.](#) (LKJ)
- Christina Dubiel und Christoph Bülow, Vorsitzende des [Ganztagsschulverbandes e.V. Landesverband Sachsen](#)
- Olaf Boye, Geschäftsführer, und Christina Koch, Vorstandvorsitzende des [Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Sachsen e.V.](#)
- Nicolle Möller, Ricky Auerswald, Thomas Dreier und André Jaroslawski vom Vorstand des [LandesElternRates Sachsen](#) (LER)
- Uschi Kruse, Vorsitzende, Jens Risse und Astrid Axmann, stellvertretende Vorsitzende der [Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen](#) (GEW)
- Franz Schott, Geschäftsführer, Miro Jennerjahn und Stefan Grande, Fachbereichsleiter bei [ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.](#)
- Lilly Härtig, Vorsitzende, Clarissa Goldmann, stellvertretende Vorsitzende, und Erik Bußmann, Geschäftsführer des [LandesSchülerRates Sachsen](#) (LSR)
- Dr. Siegfried Kost, Catrin Liebold, Manja Bürger, Martin Herold und Christoph Bernhard, Vertreter*innen der [Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände freier Schulträger in Sachsen](#) (LAGSFS)
- Dirk Baumbach, 1. Vorsitzender, und Ute Thierbach, Geschäftsführerin des [Lehrerverbands Berufliche Schulen Sachsen e.V.](#) (LVBS)
- Michael Jung, René Michel, Cornelia Klee und Sandra Zapke vom Vorstand des [Sächsischen Lehrerverbands](#) (hier ein [Rückblick auf das Treffen auf der Website des Lehrerverbands](#))

Hinzu kamen eine Vielzahl von Videokonferenzen, etwa mit dem [Sächsischen Landesverband der Kita- und Schulfördervereine](#) oder dem [Verein Kitafachkräfte Sachsen/ Sachsen-Anhalt- Die Stimme aus der Praxis e.V.](#)

Mein Fazit: Die vielen engagierten Menschen aus der Praxis wissen genau, was es braucht, damit sie gut arbeiten können, was funktioniert und wo es klemmt. Die vergangenen Monate der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen waren für alle eine große Herausforderung. Trotzdem arbeiten alle weiter für ein gemeinsames Ziel: Allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen das Recht auf Bildung und Teilhabe zukommen zu lassen und diejenigen verstärkt zu unterstützen, die mehr Unterstützung brauchen.

11. Rückblick II: Veranstaltungen „Gemeinschaftsschulen für alle!“ in Bautzen, Dresden und Markranstädt

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Nach einer ersten Veranstaltung unter dem Titel „Gemeinschaftsschulen für alle!“ im September 2021 in Leipzig folgten in der ersten Jahreshälfte 2022 drei weitere Podiumsdiskussionen. Im März in **Bautzen** widmete sich die Runde schwerpunktmäßig der Frage, unter welchen Bedingungen eine Oberschule+ im Landkreis entstehen könnte und welche Unterstützung es dafür bräuchte. Es diskutierten der Bürgermeister der Gemeinde Göda, Gerald Meyer, die Vorsitzende des Kreisschülerrates Görlitz, Johanna Hallfahrt, der Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.“, Florian Berndt, sowie Tom Vetter, Lehrer an einer Oberschule im Landkreis Bautzen. Einen ausführlichen Veranstaltungsbericht können Sie/könnt ihr [HIER](#) auf der Homepage der BÜNDNISGRÜNEN Landtagsfraktion nachlesen.

Im Juni in **Dresden** ging es sehr konkret um die ersten beiden Gemeinschaftsschulen in öffentlicher Trägerschaft, die mit Schuljahresbeginn 2022/23 an den Start gehen werden: die Universitätsgemeinschaftsschule Dresden und die 151. Oberschule, künftig Gemeinschaftsschule Albertstadt. Als Referent*innen konnten wir begrüßen: Prof.'in Dr. Anke Langner vom Universitätsschule Dresden e.V., zugleich Leiterin des Forschungsprojekts Universitätsschule Dresden und Professorin für Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Inklusive Bildung an der TU Dresden, den Vorsitzenden des StadtSchülerRates, Oscar Jandura, die Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden, Agnes Scharnetzky, sowie Nino Haustein, Lehrer an der Universitätsschule Dresden. Ein Veranstaltungsbericht findet sich [HIER](#).

Im Juli folgte eine Podiumsdiskussion in **Markranstädt**. Es wurde deutlich, welche unterschiedlichen Problemlagen je nach Trägerschaft der Schule und dem Standort im städtischen oder ländlichen Raum auftreten können, wenn Schulen Orte des längeren gemeinsamen Lernens werden wollen. Im Landkreis Leipzig diskutierten: Prof.'in Dr. Gerlind Große, Mitbegründerin der Leipziger Modellschule (LEMO), Geschäftsführerin der Leipziger Modell gGmbH und Inhaberin der Professur für „Frühkindliche Bildungsforschung“ an der FH Potsdam, Nadine Stitterich, Bürgermeisterin der Stadt Markranstädt, Tommy Penk, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Landkreis Leipzig und Stadtrat in Markranstädt, Lea-Sophie Hofmann, Vorsitzende des Kreisschülerrates Landkreis Leipzig, sowie Franz Vogt, Lehrer an einem Leipziger Gymnasium. Einen ausführlichen Veranstaltungsbericht können Sie/könnt ihr [HIER](#) auf der Homepage der BÜNDNISGRÜNEN Landtagsfraktion nachlesen.

Alle drei Veranstaltungen wurden live gestreamt und aufgezeichnet. Auf dem YouTube-Kanal der BÜNDNISGRÜNEN Fraktion finden Sie/finde ihr die Mitschnitte: [Bautzen 31.03.](#), [Dresden 28.06.](#) und [Markranstädt 04.07.](#)

Eine **Zwischenbilanz zum längeren gemeinsamen Lernen** war auch Thema einer Aktuellen Debatte auf Antrag der SPD im Landtagsplenum am 14. Juli. Meine Rede dazu können Sie/könnt ihr [HIER](#) nachlesen.

12. Ausblick I: Fachgespräch „Kulturelle Bildung – Gerade jetzt!“ am 12. September von 15 bis 18 Uhr im Sächsischen Landtag in Dresden

Nicht zuletzt durch die gesellschaftliche Krisensituation in Folge der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine steht Kulturelle Bildung unter erhöhtem Druck zur Weiterentwicklung. Dies ist ein wichtiger Hintergrund bei der grundsätzlichen Aufgabe, das Landeskonzept „Kulturelle Kinder- und Jugendbildung für den Freistaat Sachsen“ fortzuschreiben und mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen.

Wir wollen mit einem Fachgespräch am Montag, den 12. September 2022 15 bis 18 Uhr im Sächsischen Landtag einen fachübergreifenden Austausch ermöglichen und gemeinsam mit Expert*innen aus

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag Newsletter Bildung

Verbänden, Verwaltung und Einrichtungen diskutieren, welche Schritte zur Stärkung der kulturellen Bildung in Sachsen jetzt vordringlich sind. Dabei schlagen wir vor, an Ziele anzuknüpfen, die im Landeskonzept gesetzt sind (z.B. Teilhabegerechtigkeit, Erreichbarkeit, bedarfsgerechte Angebote, stabile Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern, Verlässlichkeit von Strukturen und Rahmenbedingungen) und auch aktuelle Erfahrungen der Krisenbewältigung mit aufzunehmen.

Ausgehend von kurzen Impulsen aus den Perspektiven der Kinder- und Jugend-, der Bildungs- und Kulturpolitik sowie zur Bedeutung kultureller Bildung als politischer/demokratischer Bildung werden wir in Arbeitsgruppen praktische Erfahrungen und politische Forderungen jeweils für die drei Politikbereiche vertiefen und abschließend zusammenführen. Die Arbeitsgruppen werden von den Fachsprecherinnen der Fraktion moderiert.

Bitte informieren Sie uns per E-Mail an jan.keilhauer@slt.sachsen.de, wenn Sie/ihr am Fachgespräch teilnehmen wollen/wollt. Wir melden uns im Vorfeld der Veranstaltung dann mit aktuellen und organisatorischen Informationen.

13. Ausblick II: Demokratiekonferenz „Misch dich ein!“ am 01. Oktober ab 10 Uhr im Carlowitz Congresscenter Chemnitz – Workshop „Nicht neutral!“

Der Ruf nach „Neutralität“ an Schule oder der Verdacht auf Indoktrination durch Lehrkräfte kommt nicht nur von Rechtspopulisten. Schule ist zunehmend unter Druck. Das Sächsische Schulgesetz formuliert einen humanistischen und keinen „neutralen“ Bildungsauftrag. Und in dem Beschluss der Kultusministerkonferenz mit dem Thema „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“ (Oktober 2018) wird klargestellt, dass Schule kein wertneutraler Ort ist. Zur Begründung heißt es: „Das pädagogische Handeln in Schulen ist von demokratischen Werten und Haltungen getragen, die sich aus den Grundrechten des Grundgesetzes und aus den Menschenrechten ableiten lassen.“ Was also ist zu tun in Zeiten, in denen rassistische und rechtspopulistische Kräfte an Einfluss gewinnen und verstärkt Neutralität an Schulen fordern?

Im Rahmen der ersten Demokratiekonferenz der BÜNDNISGRÜNEN Landtagsfraktion findet am Samstag, den 01. Oktober 2022 ab 10 Uhr im Carlowitz Congresscenter Chemnitz ein Workshop unter dem Titel „Nicht neutral!“ statt. Gemeinsam mit Susann Peschel vom Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen und Stefan Breuer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Bildung/Didaktik der Sozialkunde an der KU Eichstätt und Mitherausgeber der Publikation „Politische Bildung in reaktionären Zeiten. Plädoyer für eine standhafte Schule“ (2022) wollen wir uns über relevante Fragen austauschen, uns vernetzen und gemeinsam Strategien entwickeln.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und interessierte Bürger*innen sind herzlich eingeladen. Weitere Workshops befassen sich u.a. mit Hass im Netz, einem zivilgesellschaftlichen Verfassungsschutz und Antifeminismus. Alle Informationen und Näheres zur Anmeldung finden Sie/findet ihr [HIER](#).

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Christin Melcher
bildungspolitische Sprecherin
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Telefon: 0351 / 493 48 03
Telefax: 0351 / 493 48 21
christin.melcher@slt.sachsen.de
www.christinmelcher.de

V.i.S.d.P.: Christin Melcher

Nancy Biermann
Parlamentarische Beraterin für Bildung
Telefon: 0351 / 493 48 31
Telefax: 0351 / 493 48 09
nancy.biermann@slt.sachsen.de

Abonnement und Abbestellung des Newsletters
unter:
nancy.biermann@slt.sachsen.de